



FDP | 29.07.2016 - 12:30

---

## Rechtsstaat als Grundlage zur Zusammenleben



Am Sonntag wollen tausende Anhänger des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Köln demonstrieren. FDP-Chef Christian Lindner und FDP-Vize Wolfgang Kubicki fordern die Achtung des Rechtsstaats. [Gegenüber der "Westdeutschen Allgemeinen"](#) [1] erklärte Lindner: "Man muss klar sagen, dass besonders konservative oder gar radikale Interpretationen des Korans eben nicht zu Deutschland passen und hier nicht toleriert werden." [Kubicki verdeutlichte im "SWR2-Tagesgespräch"](#) [2], dass insbesondere der Einfluss der Türkei auf Moscheen in Deutschland verringert werden müsse.

Es könnte nicht sein, dass 900 Imame in Deutschland predigten, die unmittelbar von Erdogan gesteuert werden, unterstrich der FDP-Vize. "Hier müssen wir dazu beitragen, dass Islamunterricht in Schulen möglichst von deutschen Islamgläubigen unterrichtet wird. Wir müssen dazu beitragen, dass mehr Verständnis untereinander beworben wird." Darüber hinaus plädierte er für ein härteres Vorgehen "gegen Menschen, die unter Glaubensaspekten zum Hass und zur Gewalt aufrufen". Es sei ein gutes Signal, dass in einigen Städten jetzt Moscheen durchsucht worden seien und die dortigen Prediger auch zur Verantwortung gezogen wurden. Kubicki stellte klar: "Wichtig ist, den Rechtsstaat durchzusetzen."

## Grundgesetz gilt überall

Lindner sieht den Zentralrat der Muslime in der Pflicht: "Er darf nicht nur Anwalt der Gläubigen in Deutschland sein, sondern muss stärker Anwalt unserer gemeinsamen Gesellschaft gegenüber den Gläubigen werden." Denn: Es sei nicht angebracht, jede Praxis der Religionsausübung in Deutschland zu akzeptieren, "wenn sie gegen unsere freiheitliche, vielfältige und weltoffene Werteordnung verstößt".

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/rechtsstaat-als-grundlage-zur-zusammenleben>

### Links

[1] <http://www.derwesten.de/politik/lindner-wir-muessen-von-den-muslimen-toleranz-einfordern-id12046738.html> [2] <https://www.liberale.de/content/kubicki-interview-merkel-reagiert-zu-spaet>